

# PLATTFORM NEWS

## Nicht vergessen!

November 1996: die EU-Parlamentarier der ÖVP, **Stenzel, Flemming, Habsburg & Co.**, stimmen mit der Atomlobby gegen eine Reform des Euratom-Vertrages.

\*  
P.b.b. Erscheinungsort Salzburg  
Verlagspostamt 5020 Salzburg • DVR 0781665

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) • 09.07.1998 • S 25

### SIEMENS: MACHTLOS

Siemens (zugleich Bezeichnung für elektrische Leitfähigkeit – im Gegensatz zu Ohm, für Widerstand) hat keinen Einfluß auf die Kernkraftnutzung. Dies betonten Siemens-Manager gegenüber Atomgegnern. Entscheidend sei „die Politik“, war vom global tätigen Unternehmen zu hören, das der Politik mit Abwanderung droht, wenn die Baubewilligung für eine seiner weltweiten Niederlassungen nicht nach Wunsch ausfällt. Atomgegner tragen ungewöhnliche Argumente gefaßt.

Seite 3

### ATOMTRANSIT: MAN FÄHRT WIEDER BAHN

Den Bahntransport von leeren Brennelementebehältern aus dem slowenischen Atomkraftwerk Krsko nach Deutschland belegt ein der PLAGE anonym übermittelter Frachtbrief.

Seite 5

## Floh zu sein bedarf es wenig

... und wer abgibt der ist König!

Der PLAGE Jubiläums-FLOHMARKT „20 Jahre Atom-Volksabstimmung“

Ab sofort wird gesammelt!

\* PN 1/98 bestand in Unterschriftenaufrufen gegen ein neues Atommüllager in Dukovany (CZ) und gegen die Atommüll-Recycling-Richtlinie Euratom 96/29 und ging nur an Mitglieder und Abonnenten.

### SELBSTHILFE ZUM STRAHLENSCHUTZ

# Mein Strahlenpaß



Heilmasseur und PLAGE-Aktivist Thomas Neff, Initiator des Strahlenpasses.

Die Wirkung von Strahlendosen summiert sich im Laufe eines Lebens (kumulativer Effekt). Ihre Aufzeichnung ist daher ein absolutes medizinisches Gebot und ein elementares Informationsrecht jedes Patienten. Gemeinsam mit dem Biophysiker Dr. Franz Daschil hat PLAGE-Mitarbeiter und Heilmasseur Thomas NEFF einen Strahlenpaß erstellt.

Seite 7

DUKOVANY, SKALKA

## Landeshauptleute aktiv

Die Landeshauptleute wollen von Tschechien ein besseres Atom-Informationsabkommen und Parteistellung für österreichische Bürger

Eine Folge der überfallsartig angesetzten Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) für die geplanten tschechischen Atommüllager beim AKW Dukovany (oberirdisch) und in Skalka (unterirdisch): Nachdem die PLAGE die Salzburger Landesregierung im Zuge der Einwendungskampagne gegen ein zweites Atommüll-Zwischenlager in Dukovany (Februar-März 98) darum ersucht hatte, die Landeshauptleutekonferenz am 20. Mai auf Initiative des Salzburger LH Franz Schausberger zwei Ersuchen an die Bundesregierung: Durch Verbesserungen im bestehenden Atom-Informationsabkommen zwischen Tschechien und Österreich aus dem Jahr 1990 soll „eine Informationspflicht bereits für das Planungsstadium eines Atommüllagers“ erreicht werden. Darüberhinaus soll „eine Parteistellung für Bürger der Republik Österreich in Verfahren für den Bau von nuklearen Anlagen generell eingeräumt“ werden. Der Ball ist jetzt bei Bundeskanzler und Bundesregierung.



### Bester Zivilschutz: Abschalten!

Erfreuliches vom Präsidenten des Zivilschutzverbandes Salzburg (ZSV), Landesschulinspektor Manfred Rothschild. Im ZSV-Mitteilungsblatt 3/97 meint er: "Der beste Strahlenschutz wäre es natürlich, diese (AKWs) sofort abzuschalten". Vorbeugen ist besser als Evakuieren – diese Einsicht war für den Zivilschutzverband nicht immer selbstverständlich: zu Zwentendorfzeiten stand der Verband den Atombefürwortern deutlich näher.

# LESER-PLATTFORM

NE BLIEßEN SICH VERLIEBEN, WENN SIE SICH VERLIEBEN

## KOALITION ATOMFREIER LÄNDER

Seit Wackersdorf betreibt Österreich eine atomkritische Außenpolitik. Die internationale Rechtslage und multinationale Verträge begünstigen allerdings weiterhin die Atomwirtschaft. Zur Schaffung eines Gegengewichts wurde vor zwei Jahren in Salzburg die „Koalition atomfreier Länder (KOALA)“ gegründet. Alle neun österreichischen Bundesländer unterstützen KOALA. Bei der Göteborger Regionenkonferenz über „Nukleare Sicherheit und lokale Demokratie“ im vergangenen Juni hat das Land Salzburg offiziell zur Bildung einer „Koalition atomfreier Regionen“ eingeladen. Die dänischen Dachverbände gegen Atom- und für erneuerbare Energie unterstützen das Vorhaben ebenso wie der Eurosolar-Präsident Hermann Scheer.

**Ziel:** Aufbau einer Allianz „atomfreier“ Staaten, um Atomkraft durch alternative Energie zu ersetzen

**Träger:** Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE), Arenbergstr. 10, A-5020 Salzburg

**Ansprechpartner:** Heinz Stockinger, Tel. (0043-662) 643567, Fax 6437344

**Gesuchte Unterstützung:** Mitarbeit im Verein; Spenden auf das Konto 6260409415, Hypobank Freilassing, BLZ 70020001.

*natur*, größtes deutschsprachiges Umweltmagazin, berichtete in seiner Ausgabe 1/98 über das PLAGE-Projekt KOALA.



### Dr. phil. JOSEF LUEGER

Staatl. bef. u. beeid. Ingenieurkonsultent für Geologie  
Allgemein beeideter gerichtlicher Sachverständiger

„Zu meinem Fach gehört alles, was mit Boden und Grundwasser zusammenhängt. (Das wäre zB auch bei der Lagerung radioaktiver Abfälle der Fall. - Anm.d.Red.) Als einer von wenigen - wenn nicht als einziger - Ziviltechniker in Österreich habe ich mich auf die Anliegen von Bürgerinitiativen und Umweltvereinen spezialisiert. Dabei sehe ich es als meine Aufgabe,

- Menschen, die von Projekten betroffen sind, fachlich zu beraten,
- Projektgutachten kritisch und objektiv zu prüfen und
- die Interessen der Betroffenen vor den Behörden professionell zu vertreten.

(...) Als Mitglied einer und Berater mehrerer Bürgerinitiativen und Umweltvereine habe ich schon oft geholfen, das Schlimmste zu verhindern, das wenigstens Projektverbesserungen zu erreichen. So z.B. bei der 'Enns-nahen Trasse', den Deponien Halbenrain und Inzersdorf an der Krems, als unabhängiger Gutachter bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) der Sonder-

abfalldeponie Enzersdorf/Fischa oder als Berater des Bürgerbeirates Reichenau bei der Planung des Semmeringtunnels.“

*Dr. Josef Lueger*  
3243 St. Leonhard am Forst, Geigenberg 6,  
Tel./Fax 027562249

*Als "Tip aus Erfahrung" fügt Dr. Lueger seinem Angebot noch den Rat an, nicht zu warten, "bis eine Behördenverhandlung vor der Tür steht oder gesetzliche Fristen abzulaufen drohen". Denn "die Prüfung umfangreicher Unterlagen oder die Erstellung eines Gutachtens braucht seine Zeit."*

**Nachgehakt** hat Frau Dorothee Franschitz, nachdem Siemens ihr auf ihren Boykottbrief einen Standard-Antwortbrief zugesandt hatte. Es freut uns immer wieder, wenn wir so kritische Geister kennenlernen, die es sich nicht nehmen lassen, auch gewieft formulierte Propaganda aufzurollen.

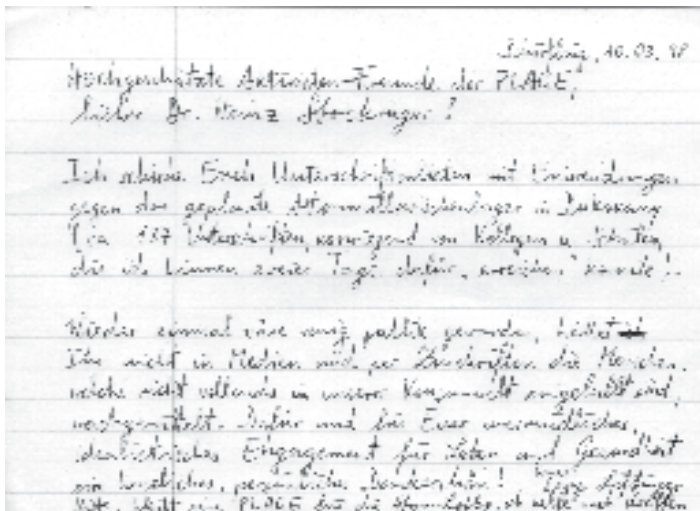
### „Ich begrüße die Offenheit und Informationsbereitschaft Prags in Fragen der Atomenergie“.

Außenminister Schüssel (lt. Neues Volksblatt vom 19.3.1998) gegenüber CZ-Amtskollegen Jaroslav Sedivy. Knapp zuvor wurde Österreich ohne Vorankündigung mit der Umweltverträglichkeitsprüfung für ein neues Atommüllager beim AKW Dukovany konfrontiert – die 30tägige Einwendungsfrist lief bereits.

## PLAGE PRESSEKONFERENZ

# Für die Atomfirmen oder für die Bevölkerung?

Am 8. Juni hielt die PLAGE eine Pressekonferenz zum neuen Atomhaftungs-Gesetz ab. Sie hatte dazu die Nationalratsabgeordneten Helmut Haigermoser (FPÖ), Mag. Johann Maier (SPÖ) und Dr. Günther Puttinger (ÖVP) eingeladen. (Für die Grünen und LIF sitzt kein Salzburger Abgeordneter im Nationalrat.) Die rücksichtslose Durchsetzung des AKW Mochove und die skandalösen Vorgänge um die Brennelemente-Behälter in westeuropäischen Atomstaaten führen ja mit seltener Deutlichkeit vor Augen, wie bitter notwendig jedes Mittel der Gegenwehr gegen jene ist, die "über atomare Leichen gehen". Die PLAGE fragte die Abgeordneten daher öffentlich, ob sie im Parlament für dieses Instrument einer besseren "Notwehr" zu stimmen vorhätten - oder nicht.





# „Siemens hat darauf keinen Einfluß“

„Nur die Politik entscheidet“. Der Satz aus seligen Zeiten des Primats der Politik über die (globale Konzern-) Wirtschaft hat ausgerechnet Siemens zur Verteidigung seiner Atomaktivitäten kredenzt. Heißt das nun: Der Weltkonzern entscheidet nichts, aber macht alles?

## KEIN ANTI- ATOM-KLIMA

Den zig-fachen Berichten und Kommentaren zum AKH Mochovce wollen wir einzig hinzufügen: In allerletzter Minute, wie Bundeskanzler Klima es getan hat, der Slowakei indirekt ein bißchen mit dem Entzug von Österreichs Unterstützung für einen slowakischen EU-Beitritt zu drohen, ist reine Rhetorik: Längst hätte dieses Instrument angewandt werden müssen. Ruhig, nüchtern, aber direkt und unmißverständlich. Seit rund zwei Jahren fordern die Atomgegner-Organisationen und auf deren Anregung hin auch die Landtage von Oberösterreich und Salzburg, die Bundesregierung soll der slowakischen Regierung klarmachen: Mit Mochovce kein Ja Österreichs zu einer EU-Mitgliedschaft der Slowakei! Punktum. Natürlich begleitet von Angeboten zu technischer und finanzieller Unterstützung beim Atomausstieg. Aber Mochovce - kommt nicht in Frage. Wenn das AKW aber betriebsbereit gemacht ist, sich Fast-Diktator Meciar mit Siemens, Framatome und Electricité de France (EDF) im Hintergrund in die Inbetriebnahme-Perspektive vollends einzementiert hat: da sind die österreichischen Winke mit dem EU-Zaunpfahl nur noch theatralische Gebärden für die öffentliche Galerie. Und bei allem Respekt kann man es nur noch als hirnerbrannt bezeichnen, wenn Kanzler Klima im letzten Augenblick der Slowakei sogar anbietet, für die „Verbesserung der Sicherheit“ von Mochovce zu zahlen: das slowakische Regime drückt uns die Atombedrohung aufs Aug', und Österreich blecht noch dafür! Das würde schnell Schule machen bei den Atomnachbarn: atomare Zeitbomben schaffen, österreichische Einwände und finanzielle Alternativangebote königlich ignorieren, und sich etwas Sicherheits-Aufputz vom potentiellen Atomopfer finanzieren lassen. Beim Willen zur energiepolitischen Umorientierung Geld und technische Hilfe anbieten, ja. Aber nicht für rücksichtsloses Festhalten am Atomkurs auch noch belohnen!

Siemens hintertreibt strengeres Atomhaftungsgesetz!

## Die Interessen einer Atomfirma gegen die ganze österreichische Bevölkerung!

Einer Delegation von PLAGÉ und Kritischen Ärzten beteuerten der Generaldirektor von Siemens-Österreich und der Pressesprecher von Siemens-KWU Erlangen am 18. März mit geradezu treuherzig-ehrlicher Miene: „Warum rufen Sie zu einem Siemens-Boycott auf? Nur die Politik entscheidet, ob Kernkraft genutzt wird oder nicht. Siemens hat darauf keinen Einfluß.“ Nach seinen Worten ist das Unternehmen auch keinesfalls bereit, für Schäden aus Atomanlagen zu haften.

### Zur gleichen Zeit wühlte Siemens bereits im Hintergrund gegen den Entwurf für ein neues, strengeres österreichisches Atomhaftungsgesetz!

Parlamentsabgeordnete sowohl der Opposition als auch der Koalition haben uns informiert, daß Siemens dahintersteckt, wenn die ÖVP plötzlich bei der gesetzlichen Verankerung strengerer Haftpflichten für atomare Schäden nun wieder „bremst“. Diese war im November 1997 nach Verhandlungen zwischen Greenpeace, Global 2000 und unserem Dachverband AntiAtomInternational (AAI) einerseits und Umweltminister Bartenstein (ÖVP) sowie Konsumentenschutzministerin Prammer (SPÖ) andererseits vereinbart worden: als einer der acht Punkte des „Antiatom-Pakets“ der Bundesregierung, mit dem so

auch dem „Volksbegehren für ein atomfreies Österreich“ der Bürgerlichen Grünen (BGÖ) zuvorgekommen werden sollte.

Selbstverständlich tritt Siemens dabei nicht selbst als öffentlicher Quertreiber auf, sondern schiebt die Bundeswirtschaftskammer vor. Deren Vertreter Dr. Hanspeter Hanreich hat bei der Parlaments-Enquête zum Atomhaftungs-Gesetzesentwurf des Justizministeriums zu praktisch allen Verbesserungen gegenüber dem alten Gesetz aus den atomfreundlichen 60er Jahren nein gesagt. Das heißt unter anderem: die „Kanalisierung“ der Haftung soll beibehalten werden - nur der *Betreiber* einer Atomanlage haftet für Schäden, die *Hersteller* bleiben vor Schadenersatzansprüchen geschützt. Konkret: führte ein Unfall im AKW Mochovce zu Schäden, können die Geschädigten gegen die Betreiberfirma Slovenske Elektrarne klagen. Siemens als Miterbauer aber könnte nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Die Frage stellt sich: Kann in der Republik Österreich eine einzige Interessensgruppe, eine einzige Firma dem Parlament und der Regierung ihren Willen aufzwingen? Nehmen die Volksvertreter hin, daß eine einzige Firma, die Atomfirma Siemens, ihre Verantwortungslosigkeit gegen die gesamte Nation durchsetzt?!



Nicht Siemens, „nur die Politik entscheidet“ über den Atomkurs. (Siemens-Sprecher Wolfgang Breyer am 18.3. beim Gespräch mit den „Kritischen Ärzten“. Links im Bild: Siemens-Österreich-Chef A. Hochleitner).

22. Dez. 1997

## Aktion gegen steirisch-französischen Atom-Deal

Die PLAGE-Salzburg stellte den Kern der Kundgebung des Dachverbands Anti Atom International (AAI) vor und im Grazer Landhaus, wo ÖVP und SPÖ am 22. Dezember dem französischen Atomstromgiganten EDF ein Weihnachtsgeschenk bereiteten: Sie beschlossen den Verkauf wesentlicher Anteile der steirischen Elektrizitätsgesellschaft ESTAG an Electricité de France. Für den strategischen Fuß in der Tür der österreichischen und osteuropäischen E-Wirtschaft blätterten die Franzosen einiges hin. Dafür verkauften die Steirer ihre energiepolitische Seele. Und tragen mit am gigantischen Schuldenberg der angeblich so "attraktiven Braut" EDF (Wirtschaftslandesrat Paierl), der derzeit unvorstellbare 360 Milliarden Schilling beträgt. (Grund: EDFs weit überzogene Atominvestitionen.) Gerät der Atomstromkonzern unter Rationalisierungsdruck, wird nunmehr vor allem in Paris entschieden, welche Unternehmenszweige und Arbeitsplätze abgebaut werden!

29. Dez. 1997

## Danke, LH!

Dankeschreiben der PLAGE an Salzburgs Landeshauptmann Franz Schausberger für seine deutliche Kritik am ESTAG-Ausverkauf. (s.o.)



Febr./März 1998

## Beteiligung am Protest gegen MAI

Es ging wie ein Lauffeuer durch die Welt, nachdem der zwei Jahre lang geheim ausgehandelte Entwurf zu einem "Multilateralen Abkommen über Investitionen" (MAI) über Kanada doch bekanntgeworden war. Von ihrer Salzburger Sympathisantin R.B. bekam die PLAGE als eine der ersten österreichischen Basisgruppen die ersten Mitteilungen. Daraus nur zwei Sätze: "Wenn dieses Abkommen unterzeichnet wird, führen seine Bestimmungen praktisch zum Ende aller nationalen Souveränität und Demokratie. Die multinationalen Konzerne werden quasi in den Rang von Nationalstaaten erhoben, (...). - Das MAI läuft auf eine weltweite Deregulierung hinaus. Das internationale Kapital hat dann nur noch Rechte, keine Verpflichtungen mehr." Auch wenn wegen der Woge der Empörung dzt. auf Eis gelegt: solche Absichten bleiben aktuell, trotz aller Abwegelungen von Wirtschaftsminister Fahrleitners rechter Hand in Sachen MAI, Dr. Manfred Schekulin. - *Eingehendere Information zum MAI senden wir Ihnen auf Wunsch gegen*

Erstattung der Kopier- und Versandkosten gerne zu.

21. Febr. 1998

## PLAGE gegen türkisches AKW Akkuyu

Anlässlich des Besuchs des türkischen Außenministers bei Wolfgang Schüssel ersucht die Plattform den österreichischen Vizekanzler, der Türkei die Bedenken Österreichs gegenüber der Atomenergie nahezubringen. Und bereits jetzt zu signalisieren: ein Einstieg der Türkei in die Atomenergie könnte gegen Österreichs Unterstützung für die türkischen EU-Beitrittswünsche sprechen... Des weiteren sollte er die ungleich positiveren Chancen der Türkei zur Sonnenenergienutzung hervorstreichen, wenn schon Österreich in seiner weniger sonnenreichen Lage weltweit eines der Länder mit der höchsten Pro-Kopf-Solarkollektorfläche ist.

18. März 1998

## PLAGE und Kritische Ärzte treffen Siemens-Chef

Im Rahmen der Siemens-Boycottkampagne diskutierten die Atomgegner in der Salzburger Siemens-Niederlassung mit dem Generaldirektor von Siemens-Österreich, Albert Hochleitner, und mit dem Pressesprecher der Siemens-Kraftwerksunion (KWU) Erlangen, Wolfgang Breyer. Die Siemens-Vertreter lehnten dabei wieder einmal die Haftung für ihre Atomreaktoren und Atomsicherheitssysteme ab. Verantwortlich dafür, ob Kernanlagen weiter gebaut und betrieben werden, sei "ganz allein die Politik" - Siemens, das politische Unschuldslamm. Wenig später erfuhr die PLAGE aus Oppositions- wie Koalitionskreisen im Parlament, daß Siemens dahintersteckt, wenn die Bundeswirtschaftskammer gegenwärtig das Zustandekommen eines neuen, zeitgemäßen, strengeren Atom-

haftungsgesetzes (AtHaftG) torpediert. Kann es tatsächlich sein, daß eine einzige Firma Regierung und Parlament in die Knie zwingt? Daß die Interessen einer einzigen Firma, die für ihre potentiell todbringenden Produkte mit keinem Groschen geradestehen will, bei den Volksvertretern mehr wiegen als die Interessen der gesamten Bevölkerung? Vertretenes Volk, oder getretenes Volk?!

11. April 1998

## Wer ist verantwortlich für Österreichs Ja zu "strahlenden Kochtöpfen"?

In einem Brief an Konsumentenschutzministerin Barbara Prammer bat die PLAGE um Auskunfts,

- wer die EURATOM-RL 96/29 für Österreich verhandelt und unterzeichnet hat
- ob bzw. welche Experten(gremien) österreichischerseits in ihre Ausarbeitung/Begutachtung u.ä. involviert war;
- wie und in welchem Zeitrahmen ihr Ministerium diese Richtlinie in Österreich umzusetzen gedenkt;
- welche andere Ministerien für die Vor- und Nachbearbeitung dieser Richtlinie zuständig sind.

7. - 9. Mai 1998

## Hiroshima-Überlebende M. Matsubara wieder in Salzburg

Wie schon 1996 gab Miyoko Matsubara einen nahegehenden Bericht von ihrem Schicksal als Atombombenopfer. Hier mit Organisator Peter Machart (PLAGE) und zwei Schülern vor dem Borromäum in Salzburg.



## M. Matsubara

Überlebende des Atombombenabwurfs 1945 über Hiroshima, war im Mai erneut in Salzburg.



## "Attraktive Braut" mit 360 Milliarden verschuldet

Protestkundgebung unter PLAGE-Transparent vor und im Grazer Landhaus gegen den steirisch-franz. Atom-Deal.



Frau Matsubara hat den Atom-bombenabwurf 1945 über Hiroshima als 12jährige überlebt.

Ergreifend: Ihre Lebensfreude trotz erlebtem Grauen und ihr unermüdliches Friedens-Engagement trotz Strahlenfolgen.

13. Mai 1998

## USA & Co.: Mitschuld an Indiens Atomtests

In Schreiben an die indische Regierung und den Botschafter Indiens in Österreich protestiert die PLAGE gegen die Atomtests in der Wüste von Radschastan. Daß Indien nach seinem ersten und bisher einzigen A-Test vor einem Vierteljahrhundert\* die Atom-bombenversuche wieder aufgenommen hat, kommt aber nicht von ungefähr. Das jahrelange nukleare Weiterrüsten und die Nichterfüllung wesentlicher Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag (NPT) haben die "atomwaffenfähigen" Staaten insbesondere der südlichen Erdhälfte zunehmend verbittert. Sogar im 1996 abgeschlossenen Umfassenden Atomteststopp-Vertrag (CTBT) behielten sich die fünf bisherigen Atommächte vor, weiterhin sog. subkritische Versuche durchzuführen und mit Hilfe von Atomtest-Simulation sogar neue Atomwaffen zu entwickeln.

\* 1974, mit Plutonium aus einem von Kanada an Indien verkauften "friedlichen" CANDU-Reaktor. (Desgleichen exportierte Frankreich "friedliche" Atomtechnologie an Pakistan: trotz Warnungen von Atomkritikern unterzeichnete Jacques Chirac 1975 als Premierminister mit Indiens Gegner einen Exportvertrag für

eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage. Damit läßt sich bekanntlich Plutonium aus bestrahlten Brennstäben abtrennen.)

30. + 31. Mai 1998

## PLAGE bei Demonstration gegen Atommüll-Endlagerprojekte in Frankreich

Ausländische Delegationen von Initiativen gegen Atommülllager in Belgien, Deutschland, England, Spanien und sogar Japan berichteten von ihrem Widerstand, der zB in England zur Aufgabe des Endlagerprojekts der Firma NIREX beim Atomkomplex Sellafield führte. Aus Öster-



„Laboratorien“  
Die drei Standorte für Endlager-„Labors“ in Frankreich.



## Unterschriften gegen "strahlende Kochtöpfe" und Einwände gegen neues Zwischenlager Dukovany

Mehrere tausend Unterschriften sammelten einerseits PLAGE-Aktivisten an regelmäßigen samstäglichen Infostand in der Salzburger Altstadt, andererseits PN-Leser. Herzlichen Dank fürs Mitmachen - auch der OÖ. Plattform und den Wiener Frauen für eine atomkraftwerksfreie Zukunft, die uns gleichfalls unterstützten. Im Bild: Richard Gölzner, der gerade wieder zwei Untersreiberinnen gewonnen hat.

reich war PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger, im Privatberuf Französisch- und Frankreichkundler an der Universität Salzburg, eingeladen, um die österreichische Vergangenheit und Gegenwart der Atommüll(lager)problematik zu beleuchten: durch Abkehr von der Atomkraft vor 20 Jahren kein Lager für hochradioaktiven Abfall aus AKWs - keine Bedrohung für künftige Generationen und fürs Aus-

land; Zusammenschluß der A-Lager-Standorte auf Initiative der PLAGE 1988, Verhinderung der Seibersdorfer Endlagerpläne aufgrund vieler Ungereimtheiten, Durchsetzung eines Minimierungskonzeptes für die strahlenden Abfälle aus Forschung, Industrie und Medizin; heute schwieriger Widerstand gegen Endlager für AKW-Müll in Tschechien.

# Atom-Transit

LEERER BRENNELEMENTE-BEHÄLTER 6 Stck.

STÜCK	GRÖÖE	WICHTIGKEIT	WICHTIGKEIT	WICHTIGKEIT
1	50	40	8 x 8,6	ACLU 409143-6
2				

Versandgeber: Nuclear Cargo + Service GmbH, 63457 Emsau  
 Empfänger: TRANSEEN Sped., 28195 Bremerhaven  
 c/o HLG-Bremer Lagerhaus Ges., Containers  
 Bremerhaven-Nordhafen

Valida Monnaie Währung

Številka priradnice: 42004-2  
 Datum oddaje: 23.04.98  
 KRŠKO

23.-24. April – Man fährt wieder Bahn

### Brennelemente-Behälter vom AKW Krsko nach Bremerhaven

Kürzlich wurde ein Bahntransport von leeren Brennelementehältern aus dem slowenischen Atomkraftwerk Krsko nach Deutschland durchgeführt. Eine der PLAGE anonym übermittelte Frachtbriefdurchschrift belegt den in der Nacht vom 23. auf den 24.4.1998 per Bahn durchgeführten Transport durch Österreich.

Offenbar läuft die Atomtransitpraxis weiter wie gehabt. Nach der Aufdeckung von Atomtransporten durch Österreich im vergangenen Sommer hatte Innenminister Karl Schlögl strengere Handhabung, größere Transparenz und ursprünglich sogar ein Atomtransportverbot angekündigt. Auch wenn es sich im vorliegenden Fall um eine Leerfracht gehandelt hat, liegt für die Atomgegner die Vermutung nahe, daß auch eine "heiße" Fracht genauso heimlich durchgeführt worden wäre. Überdies liegen auch die Leertransporte im Interesse der Atombetreiber und sind deshalb von Österreich möglichst hintanzuhalten.

Die Plattform fordert erneut von Verkehrs- und Innenminister, die Öffentlichkeit über alle Atomtransporte lückenlos zu informieren. Grundlegender: Die Transporte zu verbieten, da die gesetzliche vorgeschriebene Zuverlässigkeit der Betreiber - siehe Castor - nicht gegeben ist.



„Atom-Bombay“  
der hintergründige Bildkommentar der satirischen französischen Wochenzeitung "Canard Enchaîné" vom 20. Mai 1998.

## PLAGE Pressekonferenz für strengeres Atomhaftungs-Gesetz

Was im SN-Artikel (s. unten) diskret unerwähnt bleibt: Auch Salzburger Nationalratsabgeordnete von FPÖ und ÖVP waren von uns eingeladen worden, der Salzburger Bevölkerung mitzuteilen, ob sie für oder gegen das strengere Atomhaftungsgesetz stimmen werden. Insbesondere die Haltung von Dr. Günther Puttinger (ÖVP) als Präsident der Wirtschaftskammer Salzburg wäre von Interesse. Doch weder er noch FP-Haigermoser hielten diese Rechenschaft der Mühe wert, noch schickten sie eine Vertretung. Für Fortsetzung ist also gesorgt...

## Teilerfolg gegen Atommülllager Dukovany und Skalka (CZ)

Nicht zuletzt aufgrund der "massiven Einwendungskampagne" hat "das tschechische Umweltministerium mit der Begründung ungeklärter Sicherheitsfragen den UVP-Prozeß abgebrochen," gab die Oö. Plattform gegen Atomgefahr am 9. Juni bekannt. Das tschechische Umweltministerium kritisierte an den Projektunterlagen zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unter anderem, daß sie "keine Angaben über den Behältertyp" enthielten und "zu allgemein ausgeführt" seien. Als Grund für die Zurückweisung wurden auch "die Probleme mit der überhöhten Strahlung bei CASTOR-Behältern in der



SN-Bericht vom 9.6.1998

BRD" angeführt. Dem neuen tschechischen Umweltminister Bursik ist auch der demokratiepolitische Fortschritt zu danken, daß er die Betreiber auffordert, die neue UVP-Dokumentation auch den Bürgerinitiativen "inklusive österreichischer Seite" vorzulegen, um diesen neue Einwendungen zu erleichtern.

## Keine strahlenden Kochtöpfe! 10.000 Unterschriften aus Österreich gegen Atom-müll-Recycling an EU-Rat übergeben

Die PLAGE hat sich in Österreich federführend an der Petition der britischen Low Level Radiation Campaign (LLRC) und zuvor des unabhängigen französischen Strahleninstituts CRII-Rad gegen die EURATOM-Richtlinie 96/29 beteiligt. (> PN 1/1998, in begrenzter Auflage!) Diese Petition wendet sich gegen die vom EU-Rat im September 1996 beschlossene Freigabe von radioaktiven Abfällen zur Wiederverwendung in gängigen Konsumgütern, wenn die Radioaktivität bestimmte Schwellen ("Freigabe-Grenzwerte") nicht überschreitet. In der Praxis bedeutet das, daß zB Unmengen von schwachradioaktiven Metallen - die den Betreibern über den Kopf wachsen - durch Vermischung mit gewöhnlichen Alt-

metallen so weit verdünnt werden können, daß sie unter die kritische Schwelle kommen. Ihre Gesamtradioaktivität wird dadurch aber nicht geringer: Eine sanfte Verstrahlungserlaubnis. Mit dem Nebeneffekt, daß allmählich und unmerklich der Pegel der "natürlichen" Hintergrundstrahlung in unserer Umwelt ansteigt.

## „Mit zwei Ausnahmen: Deutschland und Libyen.“

(Wissenschaftsjournalistin Jeanne Rubner am 9.4.1998 in der Süddeutschen Zeitung zur Hartnäckigkeit der Uni München, den neuen Garching Forschungsreaktor FRM-II auf das atomwaffenfähige Uran-235 auszulegen. Und das trotz starker Vorbehalte der USA. Selbst in Rußland und China werden neue Forschungsreaktoren nur noch mit niedrigerreichem Brennstoff versorgt.)

**„Mit der wahrheitswidrigen Behauptung, die Grenzwerte seien nicht überschritten, hat sich die Nuklear-Industrie den staatlichen Schutz für die Castor-Transporte erschlichen.“**

(Heribert PRANTL, Redakteur für Rechtsfragen der Süddt. Zeitung, 22.5.1998)

**„Die zuständigen Staatsanwaltschaften werden sich überlegen müssen: (Ist) es wirklich strafrechtlich irrelevant, wenn Zehntausende von Menschen bewußt fahrlässig oder gar vorsätzlich einer horrend hohen Strahlung ausgesetzt wurden?“**

(wie oben)

**IMPRESSUM:** Zeitschrift der IÖAG Salzburg über die überparteiliche Plattform gegen die WAA Wackersdorf. Verleger, Herausgeber, Hersteller: Initiative Österr. AKW-Gegner Salzburg, 5020 Salzburg, Arenbergstraße 21. Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: R. Gölzner, P. Machart, Th. Neff, H. Stockinger. Alle: 5020 Salzburg, Arenbergstraße 10, Tel. (0662) 643567. Offenlegung gem. §25MG: Alleineigentümer: Plattform, Arenbergstraße 10, 5020 Salzburg. Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. Druck: Laber Druck, 5110 Oberndorf



# Strahlen-Paß



Die Wirkung von Strahlendosen summiert sich im Laufe eines Lebens (kumulativer Effekt). Ihre Aufzeichnung ist daher ein absolutes medizinisches Gebot und ein elementares Informationsrecht jedes Patienten. Gemeinsam mit dem Biophysiker Dr. Franz Daschil hat PLAGE-Mitarbeiter und Heilmasseur Thomas Neff einen Strahlenpaß erstellt. Nach Neffs Nachforschungen scheinen insbesondere nuklearmedizinische Maßnahmen, etwa im Zusammenhang mit der Schilddrüse, bisher zu wenig Gegenstand kritischer Aufmerksamkeit zu sein.

Seit der damalige Salzburger Gesundheitslandesrat Sepp Oberkirchner vor zehn Jahren unter dem Eindruck der Tschernobyl-Katastrophe die Einführung eines "Strahlenpasses" angeregt hatte, hat ihn die Plattform gegen Atomgefahren wiederholt urgirt.

Die Verantwortlichen sind über Ansätze zur Verwirklichung des Strahlenpasses jedoch nicht hinausgekommen. In Reaktion auf die Untätigkeit der Politik bietet die PLAGENun "Hilfe zur Selbsthilfe" an. Gemeinsam mit dem Biophysiker Dr. Franz Daschil hat PLAGE-Mitarbeiter und Heilmasseur Thomas Neff kurzerhand einen Strahlenpaß erstellt, mit welchem jeder Patient die erhaltenen Röntgenuntersuchungen, nuklearmedizinischen Behandlungen und andere mögliche Strahlenbelastungen verzeichnen lassen kann.

## Wert von Röntgenuntersuchungen steht außer Frage

"Auf jeder Arzneipackung sind die Inhaltsstoffe genau angegeben, in genauer Dosierung. Und da soll es über die radioaktive Dosierung keine Angaben geben?!" kritisiert Biophysiker Dr. Franz Daschil. Wir stellen nicht im mindesten den grundlegenden Wert etwa des Röntgens in Frage, stellte PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger schon bei der Vorstellungs-Pressekonferenz Ende April klar. Inakzeptabel aber sei in jedem Fall, daß im Gegensatz zu einer Vielzahl medizinischer Maßnahmen (z.B. Impfungen) Bestrahlungen nicht systematisch, für Patient und Arzt



Heilmasseur und PLAGE-Aktivist Thomas Neff, Initiator des Strahlenpasses.

ersichtlich, verzeichnet werden. Und dies, obwohl für Strahlendosen aufgrund ihrer potentiell schädlichen Wirkung ein gesetzliches Minimierungsgebot existiert.

Da sich die Wirkung der Strahlendosen im Laufe eines Lebens überdies summiert (kumulativer Effekt/kumulierte Dosis), sei deren Aufzeichnung absolutes medizinisches Gebot und ein elementares Informationsrecht jedes Patienten.

## „Gleiches wird gleich wieder gleich geröntgt“

Im Zuge seiner Tätigkeit kommen sehr viele zu Heilmasseur Neff mit Röntgenaufnahmen, die zeigen, daß sehr oft dieselben Körperteile in kurzer Zeit mehrmals hintereinander einer Strahlenbelastung ausgesetzt

waren.: "Gleiches wird gleich wieder gleich geröntgt." Und viele wissen gar nicht mehr, wie oft: Übersicht verloren! "Da war irgendwann einmal was. Ich schau mal nach daheim, ob ich noch a Aufnahme hab." Und schon gar nicht haben die Patienten einen Überblick, wie oft und wie intensiv sie **im Laufe ihres Lebens** schon geröntgt, bestrahlt, radioaktiv belastet wurden.

## „Röntgen-Kaskade“ nach Arztwechsel

Speziell bei Arztwechsel und bei Zuweisungen kommt es relativ leicht zu einer regel-

## Wie der „Strahlenpaß“ wirkt

### Sie behalten den Überblick

über Strahlendosen aus Röntgendiagnostik und Nuklearmedizin

### Sie erzeugen Druck

bei Ärzten und medizinischem Personal, sich intensiver mit der Strahlenproblematik zu befassen

### Sie erhöhen Ihre Chancen,

daß nutzbare bestehende Aufnahmen neue Untersuchungen reduzieren oder erübrigen.

**Kurzum - ein Hilfsmittel für Patient und Arzt!**

## Gesundheitsvorsorge in Salzburg ausbauen! „Strahlenpaß“ angeregt

### Landesrat Oberkirchner: Sprengelärzte sollen stärker einbezogen werden

Für einen Ausbau der Vorsorgemedizin im Land Salzburg sprach sich gestern anläßlich der Eröffnung der Mittersillier Gesundheitstage der für das Gesundheitswesen ressortzuständige Landesrat Sepp Oberkirchner aus. Sprengelärzte seien in stärkerem Ausmaß einzubeziehen.

Die Sprengelärzte müßten Gesundheitsämtern auf eine laut Oberkirchner die Bevölkerung auch über relevante Zusammenhänge zwischen

wendigkeit einer Einführung eines „Strahlenbelastungspasses“ gezeigt, erklärte der Landesrat ferner. In diesem Paß sollen alle Belastungen, etwa durch Röntgenuntersuchungen, aber auch nach atomaren Unfällen eingetragen werden. Der Paß habe alle Personen von der Geburt bis zum Tode zu beglei-

### Altkleidersammlung des Roten Kreuzes

Der Landesverband Salzburg des Roten Kreuzes führt am 1. Oktober mit 300 Helfern wieder eine Altkleidersammlung in Stadt und Land Salzburg durch.

Strahlenpaß-Initiative 1988 durch den damaligen Salzburger Landesrat Sepp Oberkirchner: Über Ansätze zur Verwirklichung nicht hinausgekommen. (Ausschnitt Arbeiter-Zeitung, 21.9.1988)

duzierten  
met wer-  
leutschen  
r Gewinn  
ren nicht  
t er ledig-

ste Krebs  
sent aller  
nken dar-  
g ab dem  
jeden Fall  
nen steigt  
rkranken  
sitig sinkt  
n durch  
noch zu  
koberech-  
tzig Jah-  
rltnis bei  
erzig und  
tützen zu  
e Frauen  
eine all-  
uriskant.  
pro Jahr  
ntgenun-  
Sind die

Hans-Ste-  
nden Ra-  
sellschaft,



Der Röntgenpaß  
könnte helfen,  
unnötige Wieder-  
holungsaufnahmen  
zu vermeiden

Horst Jung

stranienneis  
ist und kaum  
bringt. Dageg  
ein hohes Lei  
ersten Jahrre  
roten Knoche  
Jung: Aber ma  
nicht, und das  
bruch, dann h  
Karten. Er wi  
daß er auf der  
doch nichts ge  
Lengfelder: De  
der, wenn er n  
stimmung de  
nahme zu ver  
in seiner Patie  
Jung: Es geht e  
Ärzten Hilfe  
kann. Wir die  
gesellschaft g  
ist, einen Ind  
len. Er sollte  
tion eine Rö  
CT nötig ist  
diesem Katal  
ger, vor Geri  
Lengfelder: Ei  
kompliziert d  
stiv. Besser w  
er Facharz  
Dann wäre da

gen der  
nschen  
um Be-  
zungen  
id dem-  
das läßt  
hrump-

kritisie-  
nt doch  
lie Kon-  
brigens  
unte ja-  
eite be-  
stimmun-  
ger als  
abbeka-  
ch den  
nun die  
ohl mit  
lkerung  
hlenex-  
de Male

Problem  
Jamma-  
d. Nag-  
ader von  
r Inter-  
mission  
rien mit



Die Patienten sollen  
keine Röntgen-  
Angst haben, aber  
ein Bewußtsein für  
das Risiko.

Edmund Lengfelder

Zugspitze setz  
on, sondern P  
Lengfelder: Die  
leren Mamm  
gleichbar mit  
lenbelastung,  
re auf der Zug  
Frauen gebet  
wie groß die D  
kunft war, da  
bei einem Aus  
kommt. Ich fr  
so etwas Fals  
Jung: In das F  
graphie gehen  
nach Umrech  
sis lediglich 0,  
spricht in etw  
lichen jährli  
Durch eine M  
naturgeber  
die Höhe. Di  
gleich als Ihr  
len doch nur  
Strahlenang  
Röntgenaufn  
Lengfelder: Da  
soll keine Str  
Strahlenbewi  
dazu an, sich  
ner Kranken

Während sie das Krebsrisiko durch Röntgenuntersuchungen sehr unterschiedlich beurteilen, treten in Bild der Wissenschaft 11/95 Prof. Horst Jung, Vorstandsmitglied der Deutschen Röntgengesellschaft, und Prof. Edmund Lengfelder, Strahlenbiologe an der Uni München, für den Strahlenpaß ein.

rechten "Kaskade" von Röntgenwiederholungen: Der Patient merkt, "das Kreuz tut mir immer noch weh", also probiert er einen anderen Arzt, der Röntgenlauf beginnt von vorn. Kommen die Ärzte dem Leiden so nicht auf die Spur, wird heute dann oft gesteigert auf Computer-Tomographie (CT-Schichtrontgen).

Neben der Vermeidung unnötiger Strahlenbelastungen ist ein wichtiger zusätzlicher Grund für den Röntgen-Strahlenpaß, damit endlich ein Kurzverzeichnis der gemachten Röntgen, Schichtrontgen und sonstigen Strahlenbelastungen zu haben und diese dem Arzt auch mitteilen zu können. Diese Vorbefunde helfen dem Arzt bei seiner eigenen Diagnose und Therapie.

### Ärzte: Nach erstem Schock häufig aufgeschlossen

Niedergelassene Ärzte sind – nicht zuletzt – Unternehmer. Sie tragen Risiken, Investitionen müssen sich rentieren, Maschinen laufen. Trotzdem stehen viele Medizinmänner

ner und -Frauen dem Papier keineswegs ablehnend gegenüber. Häufige Erfahrung von Thomas Neff: „Die Ärzte 'schnaufen' zunächst oft mal durch, wenn man darüber mit ihnen redet. Aber im nächsten Atemzug sind viele aufgeschlossen, manche geradezu begeistert über die Möglichkeit, im eigenen Bereich über Röntgendokumente/Bildervergleich einen diagnostischen Gewinn zu erzielen und nebenbei: für Strahlenminimierung zu sorgen.“

### Große Unsicherheit und Informationsbedarf bei den Ärzten selbst

„In einem Linzer Krankenhaus wurde ich im Oktober 1997 von einem Arzt gebeten, einen Bildwandler zu messen (ein während Operationen eingesetztes Röntgengerät)“, berichtet Thomas Neff. „Der Grund: der Arzt, der bei einer Operation steril sein muß und große Bewegungsfreiheit braucht, kann sich in dieser Situation bei Verwendung des Bildwandlers ja nicht laufend einen sterilen

Bleischurz an- und ausziehen. Daher bat mich der Arzt, *unter großer Geheimhaltung* Messungen am Bildwandler durchzuführen, weil er wissen wollte, welcher Bestrahlung er bei Benützung des Gerätes ausgesetzt ist.“

Der eben erwähnte Fall steht beileibe nicht allein. Zum Beispiel in einem Krankenhaus in Oberösterreich, 1994: Der behandelnde Arzt „richtete gerade unter Zuhilfenahme eines Bildwandlers einen gebrochenen Mittelhandknochen von Frau N. ein. Auf meine Frage, ob hier Röntgenstrahlen verwendet würden, verneinte der Arzt dezidiert – völlig entgegen den Tatsachen. Auch saß er ohne Dosimeter und ohne Bleischurz 10-15 Minuten vor dem Gerät. Ebenso stand ich einfach ohne Schutz dabei. Dabei wurde der Wandler wiederholt ein- und ausgeschaltet.“

### Das Märchen von den zielgenauen Strahlenbündeln

Es herrscht die irrige Meinung vor, der Röntgenstrahl treffe nur gebündelt und eng begrenzt das jeweilige Organ oder Gewebe. In Wirklichkeit ist ein hoher Prozentsatz Streustrahlung – auch bei moderneren Geräten, wie Thomas Neff immer wieder dokumentiert: „Das Meßgerät schlug wiederholt



Auch in medizinischen Broschüren werden Röntgenstrahlen gerne verharmlost.

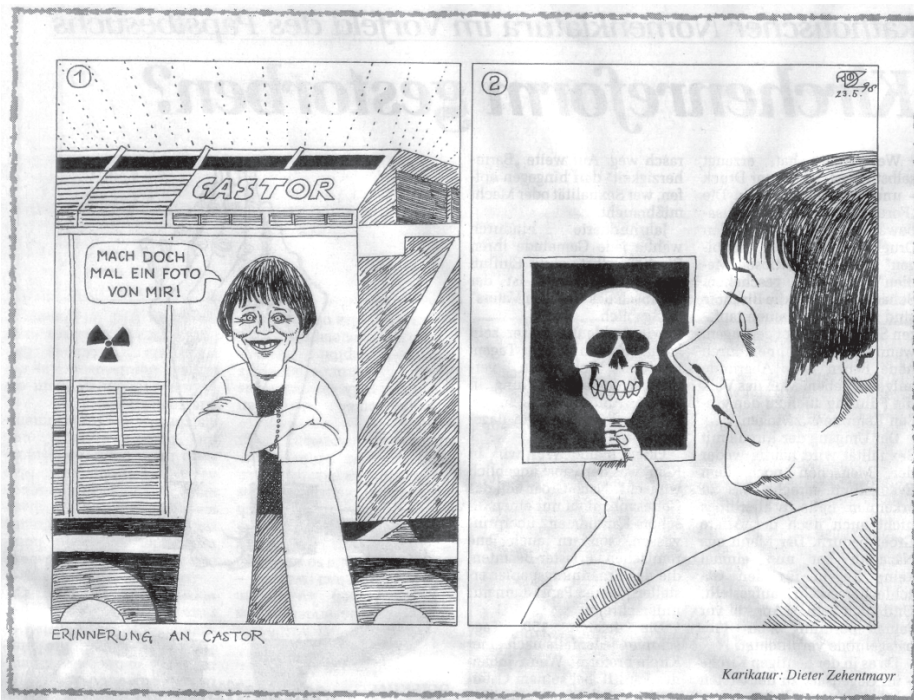
Zum Beispiel: 1 Brustrontgen = 1 Transatlantikflug, zu lesen im offiziellen Infofalter von Land Salzburg und Krebshilfe. Die Aussage mußte inzwischen zurückgenommen werden, der Falter blieb dennoch in Umlauf.

## „Gewisse Automatik in der Anwendung“

Grundlage und Ausgangspunkt des PLAG-Strahlenpasses sind die langjährigen Erfahrungen und Recherchen des Gesundheitspraktikers Neff, der Entwurf eines offiziellen Kärntner Röntgenpasses sowie wissenschaftliche Untersuchungen, die bestätigen, daß Röntgenaufnahmen relativ oft ohne zwingenden Grund erfolgen. Nach Neffs Nachforschungen scheinen indessen nuklearmedizinische Maßnahmen, etwa im Zusammenhang mit der Schilddrüse, bisher zu wenig Gegenstand kritischer Aufmerksamkeit zu sein. „In beiden Bereichen steht nicht bewußter Mißbrauch im Vordergrund“ betont Neff, „sondern eine gewisse Automatik in der Anwendung“. Diese Automatik ist zum Teil verständlich, führt aber jedenfalls nicht selten zu überflüssigen Strahlenbelastungen der Patienten. Auch die Schutzmaßnahmen wie Bleischurz u.ä. wirken durchaus nicht so verläßlich hundertprozentig wie angenommen“.

Im Bereich der Anwendung radioaktiver Stoffe in der Nuklearmedizin hält die PLAG beispielsweise für bedenklich, daß Patienten, denen ihre Schilddrüsenüberfunktion nie Beschwerden bereitet hat, zu automatisch mit Radiojod behandelt werden. Es sind der PLAG mehrere Fälle bekannt, in denen sich die beschwerdelose Überfunktion der Schilddrüse nach der Behandlung in eine Unterfunktion verwandelt hat, gegen die der Patient sodann jahrelang Medikamente einnehmen muß.





**Da ist intensive Durchleuchtung angebracht:** gegenüber Erfüllungsgehilfen der Atommafia wie der deutschen Umweltministerin Angelika Merkel (hier unfreiwillig geröntgt vom STANDARD-Karikaturisten am 23.5.98). Sie bringen nie Licht in fahrlässige bis kriminelle Machenschaften wie um die radioaktiven Brennelemente-Transporte zwischen deutschen AKWs und den Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague (F) und Dounreay (GB).

gehörig aus, auch wenn ich damit seitlich oder sogar hinter dem Röntgenapparat stand.“

Folgende geradezu unglaubliche Entdeckung machte Thomas Neff in Zusammenarbeit mit einem Zahnarzt im Ort E. bei folgender Versuchsanordnung: „Ich stellte mich *außerhalb* des Hauses, rd. 8 Meter *seitlich* zum Röntgenapparat auf, getrennt durch Hausmauer und Fenster. Dadurch konnte ich nicht wissen, wann der Arzt das Röntgen einschaltete – per *Geigerzähler* aber konnte ich es jedes Mal feststellen.“ Das zeigt, daß sogar in seitlicher Richtung - wohin die Röntgenröhre gar nicht gerichtet ist! - über mehrere Meter Distanz und durch Hausmauer bzw Fenster hindurch Strahlung freigesetzt wird. Von wegen sauberer Bündelung!....

### Schwere Illusion: Bleischurz

„Beim Messen direkt an der Schilddrüse des Patienten P. wurden 150.000 Impulse/min festgestellt. Nachdem ein Bleischurz an die

Schilddrüse angelegt wurde und der Geigerzähler auf den Schurz aufgesetzt wurde, erreichte die Strahlung 118.000 Impulse/min.“ Kommentar überflüssig. Der Röntgenschurz stammte übrigens aus einem Krankenhaus.

Dr. Franz Daschil: „Für beruflich strahlenexponierte Personen gibt es eine Art Strahlenpaß, eine Registrierung der erhaltenen Strahlendosen. Nicht hingegen für Patienten, die aber oft erheblich höhere Dosen erhalten als exponiertes Personal.“ Ihre Aufzeichnung ist daher ein absolutes medizinisches Gebot.

# ZITATE

## aus den Diskussionsbeiträgen bei “RÖNTGEN - NUTZEN ODER RISIKO?”

(am 23.2.1996)

**Prof. SCHMOLLER** (LKH Sbg, Leiter Zentralröntgen): „Anamnese ausführlich machen“. Das heißt, der Arzt muß die Krankengeschichte genau kennen oder erfragen. Dann gelangt er zu einer viel verlässlicheren Indikation, ob Röntgen im betreffenden Fall nützlich ist oder nicht.

**Dr. W. Rucker** (Gynäkologe) „Zwischen Österreich und Deutschland gibt es in der Röntgenpraxis zwei wichtige Unterschiede: In Deutschland ist es gang und gäbe das Ärzte sich Patienten zum Röntgen selber zuweisen. In Österreich ist dies nur in Ausnahmefällen statthaft. Andererseits ist es in Deutschland auch möglich, direkt zum Röntgenologen zu gehen, wodurch eine zusätzliche Kontrollstufe für die Notwendigkeit des Röntgens entfällt.“

„Hüftuntersuchungen bei Kleinkindern erfolgen heute fast ausschließlich mit Ultraschall. Von Röntgen zu diesem Zweck – was in Einzelfällen noch vorkommen kann – ist abzuraten.“

### Labg. Oberschwester OBERNDORFER

(SPÖ; Krankenhaus Oberndorf): „Ich weiß aus meiner Berufspraxis, in welchem Spannungsfeld die Ärzte hier sind: zum Teil dringen die Eltern darauf - auch bei Bagatellbeschwerden - ein Röntgen zu machen!“

„In Deutschland gibt es ja den Strahlenpaß, in Kärnten einen Mini-Strahlenpaß.“

„Durch die ‘Karriere’ des Patienten entstehen Mehrfachuntersuchungen: vom Hausarzt zum Facharzt zum Krankenhaus - und auf jeder Etappe wird unter Umständen Röntgen verschrieben bzw durchgeführt. Es sollte erleichtert werden, dem Patienten die Röntgenbilder mitzugeben!“

Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes:

52.4.12.97

## Unnötiges Röntgen ist strafbar

„Beeinträchtigung der körperlichen Funktionen“ / Landgerichts-Urteil aufgehoben

ker. Karlsruhe (Eigener Bericht) – Unnötiges Röntgen durch einen Arzt kann nach einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs (BGH) als gefährliche Körperverletzung bestraft werden. Die Bestrahlung eines Menschen bewirke nachteilige Veränderungen des Körpers, sagte der Vorsitzende des 2. Strafsenats, Burkhard Jähnke, am Mittwoch bei der Urteilsverkündung in Karlsruhe. Eine strafbare Gesundheitsschädigung oder gar eine lebensgefährdende Behandlung liege dann nahe, wenn ein Arzt Patient ohne medizinische Notwendigkeit ohne Notwendigkeit noch ohne Notwendigkeit

Der Orthopäde war zusätzlich wegen vielfachen Betrugs, wegen vorsätzlicher Körperverletzung bestraft worden. Die Straftat wurde durch ein Urteil des Landgerichts Karlsruhe aufgehoben. Die Straftat wurde durch ein Urteil des Landgerichts Karlsruhe aufgehoben. Die Straftat wurde durch ein Urteil des Landgerichts Karlsruhe aufgehoben.

einwandfreien Gerät ausgeführt werde; die Strahlen hätten sich „nicht kontrollierbar im Raum ausbreiten“. Senat bejahte Straftat

### Unnötiges Röntgen ist schwere Körperverletzung

ker. Karlsruhe (Eigener Bericht) – Ein Arzt, der Patienten unnötig röntgt, kann nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs wegen gefährlicher Körperverletzung bestraft werden. In dem Urteil gegen einen Orthopäden heißt es, eine strafbare Gesundheitsschädigung oder gar eine lebensgefährdende Behandlung

Das Ding beim Namen nennen: Neben verantwortungsvollem Röntgen gibt es eben auch eindeutigen Mißbrauch.

Süddeutsche Zeitung, 4.12.1997

# Wie eine Strahlenbehandlung verläuft

EINE  
KRANKEN-  
GESCHICHTE

Patient P. (Name der Redaktion bekannt), jahrzehntelang Strahlenschutzbeauftragter und -ausbildner, schildert den Verlauf seiner Strahlenbehandlung im Frühjahr 1998 an der nuklearmedizinischen Abteilung des LKH Salzburg.

Auf der Abteilung für Nuklearmedizin des LKH Salzburg wird bei Verdacht auf Schilddrüsenüberfunktion das radioaktive Isotop Technetium-99 verabreicht. Aufgrund dessen wird festgestellt, ob eine Überfunktion der Schilddrüse vorliegt. "Bei mir lautete der mündliche Befund: 'Es liegt Faktor 7 vor, eine Behandlung wäre notwendig'. Keine nähere Erläuterung, was 'Faktor 7' zu bedeuten hat. Ich hatte im übrigen nie Beschwerden mit meiner Schilddrüse!

## Beanstandung 1: Es werden keine Alternativen aufgezeigt!

Dann wird eine "ganz geringe Dosis Jod" (bereits radioaktives, um es mit der Gamma-Kamera feststellen zu können) verabreicht. Damit wird festgestellt, wieviel Jod die Schilddrüse des Patienten prozentuell aufnimmt – das ist wichtig für die Dosierung bei der eigentlichen Therapie.

In diesem Stadium kam ich zu Thomas Neff zu einer Massage. Ihm fiel gleich bei den ersten Griffen auf, daß etwas an meinem Körper, meiner Haut anders war als sonst. Nach dem Gespräch erklärte ich mich bereit, als „Meßobjekt“ zu fungieren.

## Beanstandung 2: Sachlich mangelhafte bis falsche Aufklärung.

"Dieses Jod-131 ist ein reiner Betastrahler." (In Wirklichkeit ist es auch ein Gammastrahler! Dies müßte das nuklearmedizinische Personal schon alleine deshalb und ganz selbstverständlich wissen, weil die Meßgeräte/Dosimeter, die beruflich strahlenexponierte Personen an ihrer Kleidung tragen, nur Gamma messen können.)

In derselben Besprechung beruhigte Ärztin Dr. Hoffmann auch: "Das wird auch bei jungen Frauen gemacht", mit dem Unterton: also sei alles ungefährlich. Konkrete Angaben über Stärke/Intensität wurden von ihr hingegen nicht gemacht. Bzw keine Angaben, die man zumindest als informierter Patient auf Belastungswerte umrechnen könnte. Falsche Angaben wurden auch zur Halbwertszeit von Jod-131 gemacht: "6 Tage", lautete die erste Antwort. Später hieß es "1 Woche" - tatsächlich dauert es 8 Tage, bis das Isotop zur Hälfte zerfallen ist. (Die Unterschiede sind für die Gesamtdauer, während derer erhöhte Vorsicht – auch im Kontakt mit anderen Menschen – geboten ist, sowie für die Berechnung der Belastung durchaus wesentlich.)

## Beanstandung 3: Verharmlosung.

Schon in der Bezeichnung der radioakti-

ven Jod-Kapsel als "Gabe" schwingen allzu positive Assoziationen mit. Insbesondere dann, wenn der Patient alles andere als voll darüber unterrichtet wird, welche zwar kleine, aber geballte Ladung an Strahlung er damit verabreicht bekommt.

Ich habe dann im Zuge der Strahlentherapie die erste Jod-Kapsel eingenommen. Daraufhin habe ich mit einem Dosimeter (mißt nur Gamma!) meine Belastung durch diese radioaktive "Gabe" gemessen. Diese Messung ergab, daß man bei der Gesamtdauer einer solchen nuklearmedizinischen Behandlung locker auf die in der Strahlenschutzverordnung festgelegten Höchstgrenzen für die Belastung der Schilddrüse kommt! (Der

Grenzwert für Absperrungen radioaktiver Zonen durch die Exekutive liegt um Zehnerpotenzen tiefer. – Anm. der Redaktion)

## Beanstandung 4: Unterschwellige Abqualifizierung des hinterfragenden Patienten

Ich habe diese Behandlung auch deshalb mitgemacht, weil ich der Seriosität in Information und Umgang mit der Radioaktivität gegenüber dem Patienten wirklich auf den Grund gehen wollte. Und zwar als jemand, der von seinem Beruf her Respekt, aber absolut keine irrationale Angst vor Strahlung hat. Nun war eine der ersten Bemerkungen von

## Aus dem Merkblatt für Patienten, die ambulant mit Jod-131 behandelt werden

(Landeskrankenhaus Salzburg, 1996)

(...)

3. Beantragen Sie einen Krankenstand für zwei Wochen.
4. **Beschränken Sie während dieser Zeit den persönlichen Kontakt mit anderen Personen auf das unbedingt notwendige Maß.**
5. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie Schwangere dürfen sich zwei Wochen lang **nicht gemeinsam mit Ihnen in demselben Raum** aufhalten.
6. In den ersten zwei Wochen nach der Radiojod-Gabe sollten Sie nach Möglichkeit in einem eigenen Raum schlafen. Ist dies nicht möglich, so muß der Abstand von Bett zu Bett mindestens zwei Meter betragen.
7. Sollten Sie während dieser Zeit **öffentliche Verkehrsmittel** benutzen müssen, halten Sie bitte einen **Abstand von mindestens zwei Metern zu Kindern und jungen Frauen.**
8. Reinigen Sie Waschbecken, Badewanne und vor allem die Toilette nach Benützung gründlich durch mehrmaliges Nachspülen mit Leitungswasser. Benützen Sie **eigene Handtücher.**
9. Benützen Sie bei den Mahlzeiten **eigenes Besteck und Geschirr.** Spülen Sie beides selbst **nach jeder Mahlzeit mehrmals** mit fließendem Wasser ab.

(...)

### **Es ist praktisch unmöglich,**

*14 Tage lang einen 2-Meter-Abstand zu anderen Personen einzuhalten. Gerade zu solchen, mit denen man ständig zusammen ist.*

*Die Schwierigkeiten beginnen allerdings bereits beim Verlassen des Krankenhauses: Bus, Taxi, Bahn müßten eigentlich ausfallen. Den persönlichen Bekannten, die man auf der Straße trifft, müßte man von weitem zurufen, nicht näher zu kommen! Von jeder schwangeren Frau und jedem Kind müßte man sich strenggenommen in Bus oder Zug weit wegsetzen. Dazu müßte man überhaupt erst einmal wissen, daß solche Personen in der Nähe sitzen. Und der Einkauf schon der Grundlebensmittel gestaltet sich zu einem Spießbrutenlauf. (Wie nähere ich mich der Kassierin?!)*

*Laut Anordnung des Merkblattes hat man seine sozialen Kontakte einzustellen. „Wie wir bei unseren Messungen feststellen konnten, sind hiefür 14 Tage zu wenig! Vier bis sechs Wochen wären angebracht. Denn erst dann hat sich die starke Strahlung gemäß der Halbwertszeit (HWZ) des Jod-131 entscheidend verringert.“ (Thomas Neff).*



Klinikchef Prof. Dr. Galvan: Er könne nichts dafür, wenn "Sie Angst vor Strahlen haben". Auf dem Merkblatt der Nuklearmedizin finden sich allerdings für Patienten durchaus beruhigende Hinweise.

Was die Grundinformationen angeht, erhielt ich sodann von ihm immerhin einige Berichtigungen zu Aussagen seiner Mitarbeiter, zB "Jod-131 ist zu 90% Betastrahler." Also eben auch Gammastrahler. Galvan hat dann auch - im nachhinein - die Alternativen zur Radiojod-Behandlung aufgezählt - was den Patienten eher zur Abwägung befähigen würde:

- Schilddrüsen-Operation;
- medikamentöse Behandlung.

Auch an ihn richtete ich die Frage: Welche Belastung habe ich tatsächlich im Zuge der ganzen Behandlung abgekriegt? Darauf kamen auch von ihm, vom Vorstand der Nuklearmedizin Salzburg, keine konkreten Angaben!

Weiters hatte mich auch sehr interessiert, ob nicht der Bereich um meinen linken oberen Lungenflügel und um den Rückenmark-Halswirbel einmal Nebenwirkungen aufgrund der gemessenen Gammastrahlung zeigen könnte. Darauf Galvan: "Das ist so viel, wie Sie mit einer Röntgenaufnahme bekommen." - Was total falsch ist. Die Strahlenbelastung, die ich im Zuge dieser Radiojod-Therapie erhalten hatte, war auf jeden Fall weit höher.

### Beanstandung 5: Insgeheim Desinteresse an Dosis-Minimierung.

Es ist bezeichnend, daß Prof. Galvan zugleich bedauert hat, daß wir in Österreich nicht weit höhere zulässige Grenzwerte für

nichtstationäre Behandlungen haben, wie sie zB in Großbritannien und den USA gelten.

### Bleibender Eindruck: Ein großzügiger Umgang mit Strahlung an der nuklearmedizinischen Abteilung des LKH Salzburg.

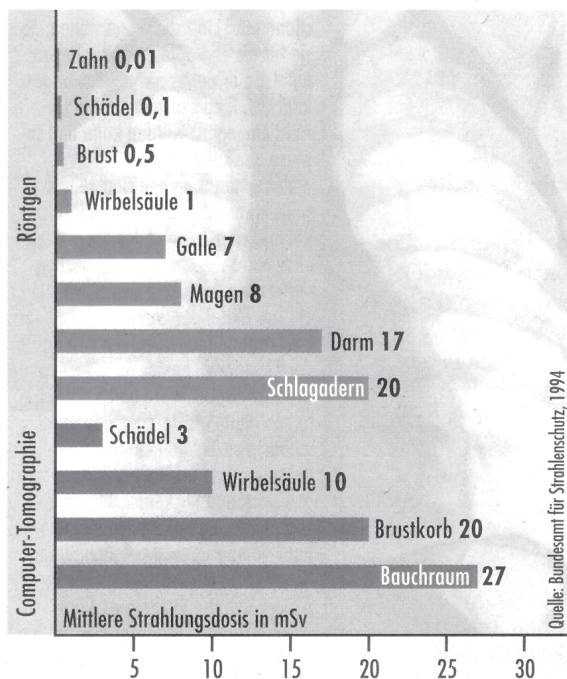
Dies wirkt sich gegenüber den Patienten wie auch unter den Mitarbeitern selbst aus. So gibt mir etwa eine Assistentin mit einer Pinzette, aber mit ungeschützter Hand, aus einem Plastikbecher (hält Gammastrahlen nicht ab!) die Technetium-Kapsel heraus. Sie weiß aber nichts über dieses Isotop und dessen Aktivität. Sie trägt auch kein Dosimeter.

Eine Woche später erhielt ich die zweite "Gabe". Von einem anderen Arzt. Dessen Antwort auf meine Frage, ob diese zweite "Gabe" wirklich nötig sein: "Ja, natürlich. Außerdem kostet das ja viel Geld, und wir haben sie schon bestellt." Der Arzt verabreichte mir die Kapsel aus der Phiole nicht mit der Pinzette, sondern mit der Hand - der benutzte Latexhandschuh schützt überhaupt nicht vor der Gammastrahlung. Zudem holte er diese Kapseln - ebenfalls einfach in der Hand - aus einem Nebenraum. Genauso bekamen vier weitere Patienten die Kapsel verabreicht. D.h. der Arzt bekam in dieser Zeit 5 mal die gleiche Bestrahlung ab. Er macht das pro Jahr vermutlich einige hundert mal, im Schnitt je 30 Sek. lang (inklusive Holen aus dem Nebenraum). Damit bekommt er eine keinesfalls vernachlässigenswerte Jahresdosis ab.

### Positive Lektion: Kritik bringt Fortschritt.

Unter Umständen genügt schon ein bißchen Nachfragen, ein bißchen Zivilcourage: Das Personal der Nuklearmedizin des LKH trug, soweit ich es sah, beim ersten Mal keinen Dosimeter - nach dem ersten Fernsehbericht im ORF-Salzburg dann schon.

### Das Risiko beim Röntgen



Röntgenuntersuchung ist nicht gleich Röntgenuntersuchung: Während die Aufnahme eines Zahns eine Strahlenbelastung von 0,01 Millisievert (mSv) mit sich bringt, ist das Röntgen der Wirbelsäule mit einer hundertmal höheren Strahlung verbunden. Der höchsten Strahlendosis wird der Patient bei einer Computer-Tomographie ausgesetzt.

Strahlenbelastung bei verschiedenen Röntgenuntersuchungen (Diagramm aus Öko-Test 6/97)

## Ein Kommentar von Thomas Neff zu dieser Krankengeschichte

P. ist bei mir Patient. Er kam am 13. Jänner dieses Jahres wieder einmal zu einer Wirbelsäulenbehandlung in meine Praxis. Bei der Behandlung mußte ich feststellen, daß der Körper eine eigenartige Schweißabsonderung aufwies, wie sie auch bei starker medikamentöser Behandlung auftritt. Auf meine Frage, ob er irgendwelche starken Medikamente genommen habe, erzählte er mir von einer Augenoperation im LKH. Um sich richtig durchchecken zu lassen, ließ er sich auch die Schilddrüse anschauen. Dabei war ihm eine radioaktive Substanz verabreicht worden.

Da ich vor zwei Jahren schon einmal eine Videodokumentation über eine Schilddrüsenbehandlung eines anderen LKH-Patienten durchgeführt hatte und so über die hohen Strahlenwerte unterrichtet war, tippte ich auch auf eine radioaktive Strahlung meines jetzigen Patienten. Durch die Messung mit dem Geigerzähler stellte ich zunächst die normale Hintergrundstrahlung - 20 bis 60 Impulse pro Minute - fest; an P. maß ich bei dichtem Hinhalten des Geräts an die Schilddrüse 3800 Impulse/min. Daraufhin unterbrach ich meine Massagebehandlung und klärte den Patienten über diesen Sachverhalt auf. Wir vereinbarten, daß ich, wenn er die zweite "Gabe" (die erste eigentliche Therapiegabe) erhielt, die Strahlung wieder messen und dokumentieren würde. >

### Mit Paß und Chefarzt gegen „Strahlensucht“

Kärnten: Ein Ausweis für Röntgenuntersuchungen

Ein Röntgenpaß soll jetzt verhindern, daß Patienten übermäßig Strahlenbelastungen ausgesetzt werden. Als erster Kasse in Österreich wurde von der Kärntner Gebietskrankenkasse vor einigen Monaten der Paß eingeführt und, wie Kassendirektor Alfred Wurzer bestätigte, „es wird schon reichlich Gebrauch gemacht davon“.

„Die Strahlendiagnostik wird von den Ärzten heute leider sicher oft übertrieben“, bedauerte Kassenchefarzt Dr. Bernhard Trusnovic. Nun soll das damit verbundene Millionen-geschäft mit Röntgenuntersuchungen und Untersuchungen an dem Computertomographen eingedämmt werden.

Um nur jene Untersuchungen zuzulassen, die wirklich für den Patienten notwendig sind, wurde, wie der KURIER exklusiv berichtet, von der Kärntner Gebietskrankenkasse für Strahlenuntersuchungen die Chefarztpflicht eingeführt.

In Kärnten sind die Strahlenbelastungskosten explodiert und in zwei Jahren von 9 auf 23 Millionen S gestiegen.

Zur Chefarztpflicht gibt es jetzt als begleitende Maßnahme den Röntgenpaß, in dem die Strahlenbelastungen eingetragen werden. Trusnovic: „Neueste Studien aus den USA haben mich erschreckt. Drei Viertel aller Brustkrebsfälle sind dort auf Röntgenuntersuchungen am Oberkörper der Frau zurückzuführen.“

Mit übermäßigem Strahlenuntersuchungen ist in Kärnten jedenfalls jetzt Schluß. Röntgenpaß und Chefarztpflicht wachen nun darüber, daß Patienten in Kärnten „nicht kranker werden als sie schon sind“, so der Kassenzahnarzt. Allein in Wien, so der Mediziner, hätten die Ärzte 1994 sagenhafte 1,5 Millionen Mal Strahlenuntersuchungen durchgeführt.

Manfred Wrusnigg

Versuch der Kärntner Gebietskrankenkasse, Patienten vor übermäßigem Strahlenbelastungen und die Kasse vor unnötigen Kosten zu bewahren. (Kurier vom 13. Jänner 1996)

Am 29. Jänner war es so weit. Ich maß den Patienten P. *vor* und *nach* der Gabe. Nach dieser Einnahme "strahlte" er mit 80.000 Impulsen pro Minute. Man konnte genau feststellen, wie sich die radioaktive "Gabe" im Körper verteilte. Dadurch werden natürlich auch alle anderen Organe einer mehr oder weniger massiven Bestrahlung ausgesetzt.

Um einen genauen Verlauf dokumentieren zu können, maßen wir in der ersten Zeit fast täglich (insgesamt ca. 6 Wochen) und mußten feststellen, daß in den ersten Tagen massiv Radioaktivität über Urin, Schweiß, Speichel, Exkremente und Rotz den Körper verließ und somit die unmittelbare Umgebung massiv verseucht wurde. Es konnten sogar Strahlennester im Wohnzimmer festgestellt werden, die durch das Hingreifen und über Abgabe von Schweiß an Möbeln, Zeitungen, Büchern u.a. entstanden waren. Der Patient strahlte durch die Eingangstür der Wohnung mehr als 4 Meter durch.

Sehr wichtig war die Betreuung auch für die nahen Angehörigen, die durch das Aufzeigen der Problematik eine gewisse Sicherheit im Umgang mit den radioaktiven Belastungen erhielten. Speziell das Aufzeigen nichtstrahlender Stellen mithilfe des Geigerzählers war eine besondere Beruhigung. Beispiel: das WC. Mit peinlichster Sauberkeit konnte die ansonsten beträchtliche Verseuchung des WCs mit radioaktivem Jod-131 auf einen Bruchteil reduziert werden. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß der hier vermiedene Anteil Jodkontamination in die Umwelt abgeführt wurde. Ähnliches geschieht zwangsläufig in allen anderen Fällen dieser nuklearmedizinischen Behandlung.

**Wenn man mit Ärzten spricht, so weiß ein jeder, daß von dieser Radiojod-Behandlung eine Strahlung ausgeht. Bloß, jeder Arzt war entsetzt, wenn er erfuhr, wie intensiv die abgegebene Strahlung war.**

*"Ich benutze keine Handys. Da kannst du deinen Kopf gleich in deinen Mikrowellenherd stecken"*

*(Stones-Gitarrist Keith Richards, ÖTM 2/98)*

## Politische Forderungen

- ▶ **Strahlenpaß flächendeckend** einführen, zunächst im Bundesland Salzburg, dann auch in ganz Österreich (Gesundheitsministerium!). Und zwar möglichst verbindlich.
- ▶ **Infofalter zur Vermeidung unnötiger Strahlenbelastung** mit den wichtigsten Ratschlägen für Patienten und Arzt. Dafür sprechen ebenso gute Gründe wie für den Falter zu Brustkrebsuntersuchungen, den Land Salzburg und Krebshilfe in 300.000 Exemplaren aufgelegt haben.
- ▶ **Statistische Erhebung der Doppel- und Mehrfach-Röntgen**, um dem Ausmaß unnötiger bzw. schädlicher Röntgenuntersuchungen verlässlicher auf die Spur zu kommen. Laut Beantwortung einer Bürgerlisten-Anfrage im Salzburger Landtag durch den zuständigen LH-Stellvertreter Gerhard Buchleitner am 29. Februar 1996 weiß man "mangels eines gesetzlichen Auftrages" nicht, "wie hoch (...) in den öffentlichen Krankenanstalten die Zahl der Röntgenuntersuchungen, gemessen an der Zahl der PatientInnen" ist. Und daher könne man auch nicht sagen, "wie viele Doppel- und Mehrfachuntersuchungen (...) darunter" sind. Wir von der PLAGE meinen, daß die von Buchleitner in derselben Anfragebeantwortung zitierte Richtlinie zur Strahlenminimierung ("**Die Strahlenbelastung des Menschen ist so niedrig wie möglich zu halten.**" - **Bundesgesetz zum Strahlenschutz, BGBl. Nr. 227/1969**) sehr wohl als gesetzlicher Auftrag zur Feststellung von Mehrfachröntgen angesehen werden kann. Mit dieser Feststellung würde die Voraussetzung dafür geschaffen, unnötige oder unverantwortliche Mehrfachbestrahlungen zu verringern. Das Minimierungsgebot war im übrigen die einzige Richtlinie, die der Gesundheits-Ressortchef für den Umgang mit Röntgenuntersuchungen zu nennen vermochte. Im Vergleich dazu:
  - ▶ "Was wir brauchen, sind **klare Leitlinien**, um zu einer Verringerung der Röntgen- und CT-bedingten Strahlenbelastung zu kommen." (Karl-Heinrich Adzersen, Krebsforschungszentrum Heidelberg, in: profil, 12.6.95) Es ist also mehr gefragt als das ganz allgemeine Minimierungsgebot des Strahlenschutzgesetzes: Leitlinien, wie dieses Gebot umgesetzt werden kann! In der Nuklearmedizin hätte eine Leitlinie dafür zu sorgen, daß dem Patienten im Zuge der Behandlung die Dosis (in Sievert oder Milli-Sievert) aber auch das davon ausgehende Risiko mitgeteilt wird.
  - ▶ Aufnahme der **Normen der Qualitätskontrolle in die Strahlenschutzgesetzgebung!** Damit gewährleistet wird, daß technisch gute und regelmäßig kontrollierte Röntgengeräte usw. verwendet werden.
  - ▶ **Die Alternativen: Untersuchungen mit Ultraschall und Kernspin-Tomographen umfassend in den Leistungskatalog der Krankenkassen!**



# Warum Ihr PLAGE-Strahlenpaß etwas kostet

Der Preis – und Wert – des PLAGE-Strahlenpasses setzt sich zusammen aus: S 60,- für die Produktion (in bislang kleinerer Auflage) und S 80,- für unsere aktive Weiterarbeit an der Thematik. Denn: Sie halten mit dem Strahlenpaß etwas in Händen, was *einer unter Hunderttausenden* effektiv in Angriff genommen hat. Was Ihnen, oder Ihren Kindern, ein ganzes Leben lang dienen kann. Eine Investition in Ihre und deren Gesundheit. Um den Preis eines mittleren Abendessens im Restaurant. Oder: fast jedes Kind hat

seine Barbie-Puppe oder seinen Gameboy - für völlig Vergängliches spielt Geld oft keine Rolle. Und wir erklären Ihnen gerne, welch langwierige Beobachtungen, Recherchen bei Patienten und in Krankenhäusern, Messungen, Aufarbeiten von Artikeln und wissenschaftlicher Literatur, Briefwechsel und Telefonate mit Ämtern, wieviele Stunden "Freizeit" in diesem "Produkt" stecken. Unter diesem Blickwinkel wird Ihnen der PLAGE-Strahlenpaß den bezahlten Betrag sicher wert sein. Auch in drei oder fünf oder zehn Jahren noch.

## Paßantrag

So kommen Sie zum Strahlenpaß:

### Die PLAGE Strahlenpaß-Kampagne

- Strahlenpaß konsequent verwenden, möglichst jedes Röntgen, jede nuklearmedizinische Maßnahme vermerken und bestätigen lassen.
- Falls in unvorhergesehener Situation (zB nach einem Unfall) Strahlenpaß nicht dabei, Röntgen auf einem extra Blatt bestätigen lassen. (Noch besser: Kopie einer Tabellenseite des Passes immer in der Brief-/Handtasche mitführen. Darin eintragen lassen.)
- Auf seinem Informationsrecht als Patient bestehen. (Weigerung oder abschätziges Reaktion des Arztes wäre eher ein Ausdruck *seiner* Unsicherheit.)
- Über besondere Reaktionen auf den Strahlenpaß - positive wie negative - würde die PLAGE natürlich gerne berichten. Nach Möglichkeit bitte Details notieren: Datum, Ort, Personen, Behandlungszweck...

### Bitte lächeln!

Einige Zahnarztpraxen sind auch als Fotostudio tätig: Fast bei jedem Besuch wird ein hübsches Panorama angefertigt. Lächeln tut dabei nur der Zahnarzt.

### Ihre Meinung

zum Thema Strahlenpaß interessiert uns natürlich. Teilen Sie uns doch Ihre Erfahrungen mit. Wir veröffentlichen gerne Ihre Röntgen-Erlebnisse – auf Wunsch auch ohne Namensnennung.

**Entweder:** Gesamtbetrag Ihrer Bestellung auf das Plage-Konto (1313 bei der Salzburger Sparkasse, BLZ 20404) einzahlen und auf dem Zahlschein die Bestellung anführen. Die Zusendung erfolgt dann prompt frei Haus.

**Oder:** Den nachfolgenden Bestellschein an die PLAGE einsenden oder faxen. Die Lieferung erfolgt dann per Nachnahme (zzgl. Nachnahmegebühr S 15,-)

×	Stk	<b>BESTELLUNG STRAHLENPASS</b>
<input type="checkbox"/>	1	<b>Exemplar</b> zum Preis von <b>S 140,-</b>
<input type="checkbox"/>	1	<b>Folgeexemplar</b> zum Preise von <b>S 100,-</b>
_____		<b>weitere Exemplare</b> zu je <b>S 80,-</b>

\_\_\_\_\_ Eine umfassendere **Dokumentation zu Röntgen und Nuklearmedizin** (Artikelsammlung, Zusammenfassungen von Expertendiskussionen zu Nutzen und Risiken) ist dzt. noch um **S 50,-** erhältlich.

**Für Ihre Kinder eigene Strahlenpässe anzulegen ist noch wichtiger als für Sie!**

PLAGE, ARENBERGSTR. 10, 5020 SALZBURG, TEL. 0662 / 643567, FAX 6437344  
KONTO: 1313 BEI DER SALZBURGER SPARKASSE



## Workshop- Dokumentation jetzt erhältlich!

Am 27. Februar ds.J. veranstaltete der österreichische Dachverband AntiAtomInternational (AAI) in Wien einen internationalen Workshop zur "Koalition atomfreier Länder (KOALA)". PLAGE-Obmann Heinz Stokinger war an Vorbereitung und Durchführung stark mitbeteiligt. Das Echo auf die AAI-Einladung war überraschend lebhaft gewesen. So fanden sich rund 30 Teilnehmer (Nichtregierungs-Organisationen und höhere Regierungsbeamte) aus Dänemark, Luxemburg, Holland, Irland, Schweden,

Deutschland und Österreich in Wien ein. Wie die Dokumentation ("KOALA-Reader") zeigt, gab es äußerst anregende, gehaltvolle Referate und Diskussionen über Bereiche und Strategien einer engeren Zusammenarbeit zwischen nichtnuklearen Staaten. Interessenten können den "Reader" um S 120,- bei AAI, Volksgartenstr. 1, A-1010 Wien, beziehen (Fax: 01/5229-103, e-m: AAI@blackbox.at). Oder ihn sich von der AAI-Homepage herunterladen (<http://www.aai.at>).

### LANDECKER EUROPATAGE

#### MEP Stenzel wegen EURATOM zur Rede gestellt

"Nun, als Sie drinnen waren (im Europaparlament), und mit Ihnen die Ex-Umweltministerin Flemming, und die Gelegenheit hatten, von innen her etwas zu verändern, da haben Sie (...), Frau Stenzel, mit Ihren (Fraktions-)Kollegen *den Ausschlag* bei dieser Abstimmung (über den EURATOM-Vertrag) *gegeben*, daß diese verbrecherische Technologie weiter geführt, weiter bezahlt, statt abgeschafft wird." So unverblümt konfrontierte Siegfried Eder, von der PLAGE Tiroler Oberland, Prutz/Inn, zwei Tage vor dem heurigen 12. Tschernobyl-Jahrestag das Mitglied des Europaparlaments (MEP) Dr. Stenzel in der Wirtschaftskammer Landeck mit ihrem Nein zur EURATOM-Reform im November 1996. Es knisterte im Saal!

### LAND OBERÖSTERREICH

#### Temelin-Beauftragter des Landes

Anfang des Jahres schrieb das Land Oberösterreich den Posten für einen eigenen Temelin-Beauftragten aus, dem in Zukunft die "Koordination und Durchführung von Maßnahmen zur Verhinderung des Atomkraftwerks Temelin" obliegen. Seit Februar bekleidet Radko Pavlovec diesen Posten. Wir gratulieren herzlich und wünschen ihm viel Erfolg.



#### "...und auch nicht anderswo!"

*Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung*, herausgegeben von Redaktion Atom Express, Verlag Die Werkstatt, Göttingen, ISBN 3-89533-186-4, 288 Seiten, 170 Fotos, Preis: öS 291/ DM 39,80/ sFr 37

Der mit vielen Bildern illustrierte Band bietet einen guten Überblick über die 25jährige Geschichte der deutschen Anti-Atom-Bewegung. Angefangen bei den ersten Protesten gegen Atomkraftwerke, die im badischen Wyhl aufflammten, über die "Bauzauschlachten" bei Brockdorf, Grohnde oder Wackersdorf, bis hin zu den Protesten gegen die Castortransporte, sind alle wichtigen Stationen des Widerstandes festgehalten. Als Herausgeber zeichnet die Redaktion des Atom Express, einst wichtigstes Sprachrohr der Antiatom-Bewegung verantwortlich und zeigt in diesem "Selbstportrait" sehr anschaulich, warum die Antiatom-Bewegung so erfolgreich ist: eine immerwährende Originalität und Unberechenbarkeit, sowie die Unabhängigkeit von Parteien und Organisationen bieten hierfür die Grundlage.



#### "Solare Netze – Bausteine einer klimafreundlichen Wärmewirtschaft"

von Henrik Paulitz, Verlag Die Werkstatt, Göttingen, ISBN 3-89533-188-0, 192 Seiten, Preis: öS 205/ DM 28/ sFr 25

Mit seinem Buch gelingt es dem Autor, Mitarbeiter des Heidelberger Instituts für Regional-Ökonomie, eine zentrale Frage für die Verwendung der Sonne als alternative Energiequelle sehr einfach und dennoch überzeugend zu beantworten. Es ist grundsätzlich möglich die "überschüssige" Sonnenenergie der Sommermonate für den Winter zu speichern. Hierzu wird das erhitzte Wasser unzähliger Solarkollektoren in unterirdische Bassins geleitet, wo es sich bis zum Verbrauch im Winter, bei entsprechender Bauweise, kaum abkühlt. Theoretisch könnte damit der gesamte Wärmebedarf der umgebenden Häuser abgedeckt werden, wie Probetriebe in einigen skandinavischen und deutschen Modellsiedlungen zeigen. Das größte Hindernis ist weniger ein finanzielles, denn in einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland sei grundsätzlich genug Geld für ökologisch und langfristig auch ökonomisch sinnvolle Projekte vorhanden. Vielmehr ein gesellschaftliches – man hat sich schließlich schon so an die qualmenden Schornsteine gewöhnt, daß großflächige Kollektoranlagen möglicherweise auf Widerstand stoßen.





# Konspiratives Treffen

Der fünfzigste Geburtstag von PLAGE-Obmann Heinz Stockinger wurde zum Anti-WAA-Revival. Neuer Lösungsansatz für Atom-Bauzäune: Verspeisen!

PLAGE-Obmann Mag. Heinz Stockinger hatte null Ahnung: Lange vor seinem 50. Geburtstag am 16. November 1997 arrangierten fleißige PLAGE-Geister die als „gemütliches Beisammensein nach der Jahreshauptversammlung“ getarnte Geburtstagsparty



Geburtstags-Billett von Kabarettist Christian Wallner

am 16. Oktober. Aktivisten und Freunde aus Atomgegner-Gruppen bis Politik folgten der „konspirativen Einladung“ ins Brunauer-Zentrum in Salzburg. Sogar Landrat Schuierer, Wackersdorf-bewährter SPD-Politiker, war aus Bayern angereist, um dem PLAGE-Chef persönlich zu gratulieren. Gewürdigt wurde auch die 20 Jahre währende Anti-Atom-Arbeit von Heinz Stockinger, der schon am Bauzaun von Zwentendorf mit seinen Aktivitäten dazu beitrug, Radioaktivität von diesem Standort fernzuhalten.

„Menschen, die unbeirrbar und mit derartiger Ausdauer eine wirklich lebensnotwendige Bürgerinitiative führen, sind sehr rar. [...] Ich glaube, daß vielen von

den unzähligen Idealisten, die so lange am Bauzaun gerüttelt haben bis er fiel, erst viel später richtig bewußt wurde, daß sie einen ganz großen Erfolg einer selbstbewußten Bürgerschaft gegen eine menschenverachtende Ideologie erleben durften.“ schrieb Original-Bürgerlistler und Bäckermeister Richard Hörl, der mit seiner grandiosen WAA-Geburtstagsorte zugleich den Beweis für verdauliche Erfindungen lieferte: Die äußerst komplexe Anlage wurde binnen kürzester Zeit restlos verwertet. Landeshauptmann Franz Schausberger in seinem Gratulations schreiben an den Plagehauptmann: „Ich möchte mich vor allem auch dafür bedanken, daß Du bei all Deinem Einsatz Deine aus größter Überzeugung vertretenen Ideen nie aggressiv und verletzend vorgebracht hast sondern immer bestrebt warst, den sachlichen Argumenten zum Durchbruch zu verhelfen.“ Von Umwelt-Landesrat Othmar Raus



Die Oö. Plattform gegen Atomgefahren überreichte einen „Anti-Atom-Notpack“. Im Bild der vermutlich IAEA-konforme „Taschen-Bunker“

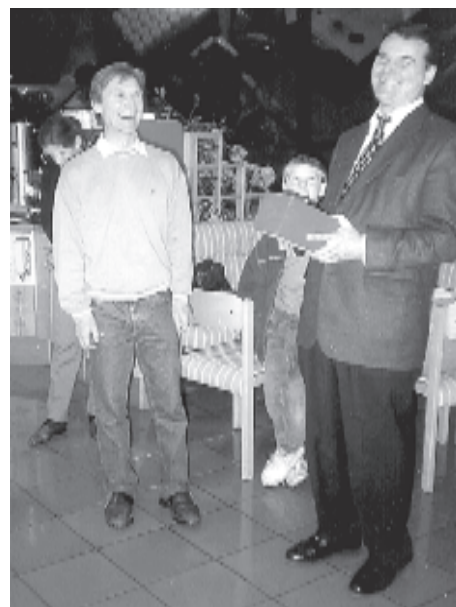


Inhaltsstoffe der „Bauzaun“-Torte, deklariert vom Hersteller.

wurde dem Geburtstagskind unter Würdigung seiner Verdienste der Ehrenbecher des Landes Salzburg überreicht.



„Wackersdorf“-Landrat Schuierer (rechts) und Heinz Stockinger mit der von Bäckermeister Richard Hörl gefertigten Geburtstagstorte, einer detailgetreuen Nachbildung des Bauzauns um die im bayerischen Wackersdorf im Entstehen gewesene Wiederaufbereitungsanlage (WAA).



Der an diesem Abend zum „Anti-Atom-Meister“ beförderte Heinz Stockinger (links) und Umwelt-Landesrat Othmar Raus.

Eine Reportage über das Fest entspricht keinesfalls der Intention von Heinz Stockinger und erfolgt daher durch unabhängigen Redakteursbeschuß. Grund für die späte Berichterstattung: Es erschien in der Zwischenzeit keine PN-Auflage für alle Adressaten.

# Hilfe für 130 Tschernobyl-Kinder

80.000 Schilling aus dem Benefizkonzert "Die Schöpfung" zum zehnten Tschernobyl-Jahrestag wurden zur umfassenden Untersuchung von 130 weißrussischen Kindern verwendet.

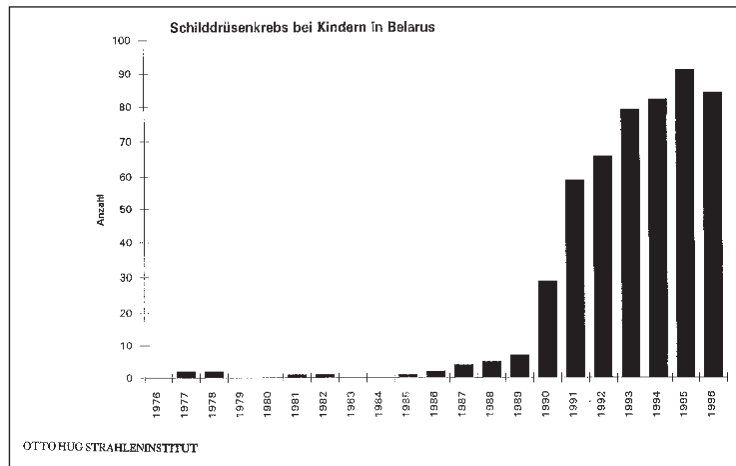
Der von Umweltlandesrat Raus aus Finanzmitteln des Landes Salzburg aufgestockte Reinerlös wurde vom Otto-Hug-Strahleninstitut im weißrussischen Gomel verwendet (vgl. PN 1/97). Die Kinder wurden mit dem Bus zum Endokrinologischen Dispensär in Gomel gebracht und dort einer eingehenden Untersuchung (allgemeines Blutbild, Schilddrüsenhormonanalyse, Ultraschalluntersuchung der Schilddrüse) unterzogen. Weiters wurde die Versorgung der Kinder mit Medikamenten (L-Thyroxin) sichergestellt. Die behandelten Kinder:

3.10.1997	37 Kinder des Gymnasiums Gomel
3.10.1997	20 Kinder der Mittelschule Nr. 10 in Gomel
8.10.1997	29 Kinder aus der Schule in Bragin
29.10.1997	44 Kinder aus der Schule in Choinikij

Spenden für die umsichtige, systematische Betreuung tschernobylgeschädigter Kinder durch das Otto-Hugh-Strahleninstitut (München) sind weiterhin äußerst notwendig. (Bitte auf Zahlschein „Tschernobyl-Hilfe“ vermerken. Konto 1313, PLAGE, Salzburger Sparkasse, BLZ 20404).



Schilddrüsenuntersuchung (Archivbild)



Steiler Anstieg von Schilddrüsenkrebs bei Kindern in Belarus (Weißrußland) ab dem vierten Jahr nach der Tschernobyl-Katastrophe (Grafik: Otto-Hug-Strahleninstitut)

**“Wenn wir nicht die Kernenergie nutzen, so geht’s wieder zurück zum Kienspan”**

Dr. Hannes Androsch in einer Radio-Oberösterreich-Sendung mit Schülern (6. Mai 97, 16 Uhr)

📅 11. bis 18. Juli 1998

Friedenszentrum Burg Schlaining, Bgld.

## “Geopolitik des Chaos oder Gemeinsame Friedensordnung?”

Anmeldung und Auskunft über diese große Konferenz über “Europäische Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung” beim Öst. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung auf Burg Schlaining, Tel. 03355/2498, Fax 2662.

📅 17.-19. August 1998

Friedenszentrum Burg Schlaining, Bgld.

## “Menschen für den Frieden”

Vorbereitungskonferenz für den **Friedensappell von Den Haag**, das zentrale Friedensereignis zur Jahrtausendwende (10.-15. Mai 1999).

📅 22.-30. August 1998

## Cyclists for Peace

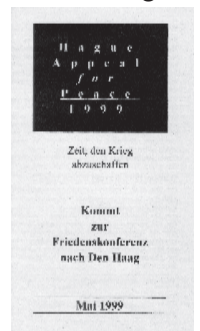
“Wir strampeln für aktive Neutralität, Frieden in Gerechtigkeit ohne Militärbündnisse”, von Allentsteig (Truppenübungsplatz) über Wien nach Schlaining (Friedensforschungszentrum). Anmeldung beim Internationalen Versöhnungsbund - Öst. Zweig, Ledererg. 23/3/27, 1080 Wien; Tel.+Fax: 01/408 5332; e-mail ivb@vip.at

📅 Vorschau Mai 1999

Den Haag

## “Friedensappell von Den Haag”

1999 findet in Den Haag die Friedenskonferenz zur Jahrtausendwende statt. Dabei werden hauptsächlich drei Themen zur Sprache kommen: Die Stärkung des humanitären Völkerrechts und seiner Institutionen; das Vorantreiben grundlegender Abrüstungsmaßnahmen; die Stärkung von Mechanismen für die friedliche Lösung internationaler Konflikte. Nähere Informationen gibt es u.a. bei Lars Albath, Giessener Str. 120/313, D-35440 Linden, Fax: +49(0)6403-68433



PLAGE, ARENBERGSTR. 10, 5020 SALZBURG  
TEL. 0662 / 643567, FAX 6437344, SPENDEN:  
SALZBURGER SPARKASSE, KONTO 1313